

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.-
vierteljährlich 48.-
halbjährlich 96.-
jährlich 192.-

Abstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
zahlung der Retourmarken.

Er scheint mit Ausnahme
des Montags täglich (170)

9. Jahrgang.

Donnerstag, 17. Jänner 1929.

Nr. 15.

Wie Groener den Panzerkreuzer rechtfertigte.

Eine geheime Denkschrift.

Berlin, 16. Jänner. Die der „Vorwärts“ aus London mitteilt, veröffentlicht die Zeitschrift „Review of Reviews“ die geheime Denkschrift, die Reichswehrminister Groener zur Begründung der Notwendigkeit des Baues des Panzerkreuzers A verfaßt hat. In der Denkschrift erklärt Groener u. a.: daß die politischen Grenzen Europas offene Wunden darstellen und daß Konflikte der Wirtschaftsinteressen zwischen den neuen Staaten an der Tagesordnung seien. Er führt als Beispiel die Tschechoslowakei, Italien und Jugoslawien, Polen und Litauen, England und Rußland an. Das Auslösen dieser Gegensätze sei nur noch eine Frage der Zeit und Deutschland laufe dabei Gefahr, in den Kampf verwickelt zu werden und gezwungen zu sein, seine Neutralität mit den Waffen zu verteidigen. Ferner betont Groener, daß jeder Gedanke an einen großen Krieg ausgeschlossen sei. Deutschland könne ihn nicht anfangen, da es in Uebereinstimmung mit den Friedensverträgen entschlossen sei. Auch ein Einzelkrieg mit einem kleinen Staate sei angesichts der zahlreichen Verträge und Abkommen, die die Großmächte sofort zum Einschießen verurteilen würden, nicht möglich. Der Reichswehrminister stellt die Frage, ob es angesichts dieser Tatsachen begründet sei, die vollständige Abschaffung der deutschen Wehrmacht zu verlangen und gibt zur Antwort, daß die Wahrheit in der Mitlege liege. Die vollständige Wehrlosigkeit würde die Grenzstaaten zu Angriffen anregen, wie Polen z. B. direkt angereizt würde, in Ostpreußen einzufallen, wenn es nicht zu bestimmten Bedenken, daß der Weg durch eine Verteidigungsmacht gesperrt sei. Die deutschen Grenzen seien nur sicher, weil der Staat die Verteidigungsmacht entwickelt habe. Groener spricht jedoch von der Aufgabe der deutschen Flotte bei dieser Konfliktmöglichkeit und stellt zuerst fest, daß weder jetzt noch in Zukunft Deutschland eine Seemachtpolitik verfolgen könne. Die Aufgabe der deutschen Flotte liege innerhalb der Grenzen der nationalen Verteidigung. Innerhalb dieser Grenzen spiele die deutsche Flotte eine wichtige Rolle und stelle einen starken Zuwachs für die anderwärts verfügbare Armee dar.

Die Denkschrift hat Groener wenige Tage, ehe der sozialdemokratische Antrag auf Einstellung des Baues des Panzerkreuzers A im Reichstage verhandelt worden ist, verfaßt. Die Denkschrift wurde in einer beschränkten Anzahl von Exemplaren hergestellt und nur den Mitgliedern des Kabinetts sowie den Landesregierungen und einigen Führern der Reichstagsfraktionen ausgehändigt. Wie die Blätter melden, hat die Reichsregierung eine Untersuchung angeordnet, um zu ermitteln, wie diese vertrauliche Schrift zur Kenntnis des englischen Blattes gelangen konnte. Die seitherzeit ausgegebenen Exemplare sind nun zurückgefordert worden. Man nimmt jedoch an, daß sie alle werden zurückgestellt werden können, daß kein Exemplar gestohlen wurde, wohl aber eines abgeschrieben und verkauft worden ist.

Deutschlands Finanzlage.

600 Millionen Mark Budgetdefizit.

Berlin, 16. Jänner. (Sch. R. B.) Im Ausschuß des Reichstages eröffnete Reichsfinanzminister Dr. Hilferding die allgemeine Aussprache bei Beratung des Nachtrags Etats für 1928. Er erklärte, das Jahr 1928 werde hinsichtlich mit einem Ueberschuß abschließen. Zur Finanzlage 1929 führte der Minister aus, daß er zur Frage der Bedeckung noch keine bestimmten Angaben machen könne, da das Kabinett noch nicht endgültig Stellung hierzu genommen habe. Nach meinen Vorschlägen, sagte der Minister fort, wird der Etat jedoch vollkommen ausgeglichen sein. Zusammen mit der Erhöhung der Reparationslast um 512 Millionen Mark beläuft sich das Defizit für 1929 auf etwa 600 Millionen Mark. Nach den Anforderungen der Steuerreform würde sich das Defizit auf rund 850 Millionen Mark belaufen. Ich habe mich bemüht, diese Anforderungen stark herabzumindern. Der Betrag der durch neuen Steuerbedarf zu decken ist, wird sich auf rund 350 Millionen Mark belaufen. Der Etat wird bei den starken Einschränkungen, die ich vorgenommen habe, in sich stabil sein. Ich hoffe, daß es noch möglich sein wird, den Etat rechtzeitig vor dem 1. April zu verabschieden. Der Nachtrags-Etat für 1928 ist für die Beratung der Reparationsfrage nicht der geeignete Zeitpunkt. Es handelt sich um eine auf sich selbst beruhende Frage, deren Erörterung zunächst im auswärtigen Ausschusse stattfinden muß und deren Entscheidung sich die Reichsregierung noch vorbehalten hat.

Für die sprachliche Gleichberechtigung!

Die deutsche Sozialdemokratie und die Sprachenfrage.

Die deutschen sozialdemokratischen Mitglieder der Landesvertretung Böhmens und Mährens haben in der ersten Sitzung einen Antrag auf Regelung des Sprachgebrauchs in der Landesvertretung, bzw. über die Geschäftssprache der Landesvertretung (Ausschüsse, Kommissionen) eingebracht. Im großen und ganzen decken sich die beiden Anträge. Nachfolgend der Wortlaut des in der böhmischen Landesvertretung eingebrachten Antrages. In Mähren ist naturgemäß auch auf das Bedürfnis der polnischen Bevölkerung Rücksicht genommen worden.

Gemäß § 3 des Sprachengesetzes vom 20. Februar 1920 Zlg. Nr. 122, sind die Selbstverwaltungsbehörden, autonomen Körperschaften und alle öffentlichen Korporationen in der Bestimmung der Handhabung der Sprachen

grundsätzlich autonom

und nur den in dieser gesetzlichen Bestimmung festgelegten Beschränkungen, teils zu Gunsten der Staatssprache, teils zu Gunsten der Minderheitssprachen unterworfen. Dessen Standpunkt hat das Oberste Verwaltungsgericht in der Entscheidung vom 9. März 1928, Sammlung Bohuslaw 7173 ausdrücklich bestätigt.

Infolgedessen ist auch die Landesvertretung in Böhmen berechtigt, Bestimmungen über den Sprachgebrauch in ihrer Geschäftsführung zu beschließen, welche auf einer demokratischen und lokalen Regelung beruhen, die Zwangsbestimmungen möglichst vermeidet und auf Zweckmäßigkeit Rücksicht nimmt.

Die Unterzeichnerten beantragen daher: Die Landesvertretung möge nachstehenden Beschluß fassen:

§ 1.

Die Landesvertretung setzt als ihre Geschäftssprache sowie als Geschäftssprache des

Landesausschusses und der Kommissionen gemäß § 3 des Sprachengesetzes die tschechoslowakische und deutsche Sprache fest.

§ 2.

Jedes Mitglied der Landesvertretung bzw. des Landesausschusses und der Kommissionen hat das Recht, sich in der Debatte der tschechoslowakischen oder der deutschen Sprache zu bedienen und in dieser Sprache Anträge, Beschwerden und Anfragen einzubringen.

§ 3.

Die Leitung der Verhandlungen erfolgt in der Sprache der Mehrheit der Mitglieder der Landesvertretung. Dieser Sprache bedienen sich auch die vom Vorsitzenden gemäß des Gesetzes über die Organisation der politischen Verwaltung beigezogenen Beamten. Der Vorsitzende und die Beamten sind verpflichtet, ihre Äußerungen, wenn Mitglieder anwesend sind, die die Sprache der Mehrheit nicht beherrschen, in die Sprache dieser Mitglieder zu übersetzen.

§ 4.

Berichte sind in einer der Geschäftssprachen zu erstatten. Wenn Mitglieder anwesend sind, welche die Sprache, in welcher der Bericht erstattet wurde, nicht beherrschen, muß die Uebersetzung in die Sprache dieser Mitglieder erfolgen.

§ 5.

Anfragen und Beschwerden sind in der Sprache, in der sie eingebracht wurden, zu beantworten.

Die Protokollierung erfolgt in beiden Geschäftssprachen. Soweit im Protokoll Äußerungen wiedergegeben werden, müssen sie nur in der Sprache der Äußerung aufgenommen werden.

Eine neue kommunistische Blamage vor Gericht.

Ein Prozeß des „Vorwärts“ gegen den „Volksfreund.“ — Unter verantwortlicher Redaktion in zweiter Instanz freigesprochen. — Eine bedeutende Entscheidung des Oberlandesgerichtes.

Wir haben vor einiger Zeit darüber berichtet, daß die kommunistische Zeitung „Vorwärts“ es für gut befunden hat, unseren verantwortlichen Redakteur wegen Ehrenbeleidigung zu klagieren, weil in einem Artikel des „Volksfreund“ der „Vorwärts“ als Papagai bezeichnet worden war. Das Prozeß Strafgericht hat sich seinerzeit nicht berufen gefühlt, die Pressefreiheit gegen die fonderbaren Auffassungen der Kommunisten in Schutz zu nehmen. Es hat in dem Vergleich mit einem Papagai tatsächlich eine Beleidigung erblickt und den Genossen Dr. Strauß als verantwortlichen Redakteur des „Volksfreund“ schuldig erkannt. Diese Gemüthung hat den Herren um Reinann nicht genügt. Trotz des inzwischen abgeschlossenen Generalausgleichs der Presseprozesse, die zwischen den beiden Parteien anhängig waren, ließen die Herren vom „Vorwärts“ dem Genossen Dr. Strauß mit Exekution drohen, wenn er die Prozeßkosten nicht bezahlte. Sie gaben damit zu erkennen, daß sie diese Sache für so wichtig halten, daß sie selbst durch das Abkommen der beiden Parteien nicht berührt ist. Der Verteidiger des Genossen Dr. Strauß, Genosse Dr. Schweiß, hat gegen das Urteil des Landes-Strafgerichtes Berufung an das Oberlandesgericht eingelegt. Das Oberlandesgericht hat dieser Berufung in vollem Umfang stattgegeben, den Genossen Dr. Strauß von der von den Kommunisten gegen ihn erhobenen Anklage freigesprochen und den „Vorwärts“ zur Zahlung der Kosten bei der Instanz verurteilt.

Das Urteil des Oberlandesgerichtes ist nicht nur eine verdiente Lehre für die kommunistischen Redakteure, die in ihrer Eitelkeit und Empfindlichkeit die Möglichkeiten, mit Hilfe der Pressefreiheit die sozialdemokratischen Blätter zu schädigen, in beispielloser

Weise auszunutzen versucht haben, sondern es stellt auch über diesen einzelnen Fall hinaus einen Lichtblick in der Handhabung des Pressegesetzes und hoffentlich den Beginn einer neuen Praxis dar. Da das Urteil des Oberlandesgerichtes für unseren Kampf um die Wiederherstellung der Pressefreiheit außerordentlich bedeutsam ist, geben wir im Folgenden die Urteilsgründe auszugsweise wieder:

Das Verfassungsgericht ist in der Aufassung gelangt, daß der ganze Artikel eine Polemik mit den Aufmachungen und dem Vorgang der kommunistischen Partei, in Angelegenheit der Sozialverfassung ist, er stellt den Standpunkt der sozialdemokratischen Partei zu diesen Bestrebungen und der Arbeit der kommunistischen Partei dar. Die Polemik hat Bezug auf die persönlichen Eigenschaften des „Vorwärts“ und die Bestimmung, die ihn beherrscht, sie bezieht sich auf seine Mentalität und sein tatsächliches Verhalten, es handelt sich jedoch um ein Urteil sachlichen Charakters, nicht um eine Schädigung der Ehre. Von einer Beschimpfung kann keinesfalls die Rede sein. Es liegt auch keine Schmähung vor, sondern der Eindruck des objektiven Lesers wird der sein, daß es um Kritik und Polemik geht, welche, wenn sie auch einen ironischen und satirischen Vergleich gebraucht, Ehre und Ernst als ein vom Gesetze geschütztes Rechtsgut nicht angreift und nicht schädigt.

Wir finden also den in anderen Staaten selbstverständlichen, von unserer Pressepraxis der letzten Jahre aber nicht berücksichtigten Grundlag, daß Polemik und Kritik, Satire und Ironie erlaubt und nicht als Ehrenbeleidigung strafbar ist, in einem Urteil eines als letzte Instanz fungierenden Gerichtes anerkannt.

Die deutsche Sprache — ein überflüssiges Kompliment

In der Eröffnungssitzung der Landesvertretung von Böhmen hat der Präsident Kubat einige seiner Ermahnungen in die deutsche Sprache überlegt. Die Anwendung der deutschen Sprache geschah in der maßvollsten Weise und erfolgte durchaus im Rahmen der strikteren Sprachenverordnung für die Landesvertretungen; von einer Gleichberechtigung der deutschen mit der tschechischen Sprache ist natürlich weder in dieser noch in der vom Präsidenten Kubat geübten Praxis eine Spur zu finden. Man sollte glauben, wenn der Präsident einem deutschen Mitglied der Landesvertretung auf eine deutsche Anfrage deutsch antwortet, ihm die Angelegenheit deutsch vorliest und ihn anstatt mit „Pan“ mit „Der“ anspricht, dies weder der Ehre des tschechischen Volkes, noch den Interessen des tschechoslowakischen Staates den geringsten Abbruch zufügt und daß daher dieser bezüglich keine Intervention, wie er zwischen der Sprachenpraxis in den beiden Parlamentskammern und jener der Anwendung durch den Landespräsidenten von Böhmen besteht, nicht einmal den verbohrteten tschechischen Chauvinisten aufregen werde. Aber wer unsere Verhältnisse kennt, wird trotzdem nicht überlistet sein, wenn er in dem nationaldemokratischen Hauptblatte unter dem Titel „Unzulässige Einführung der Zweisprachigkeit in der Landesvertretung“ eine volle halbe Spalte von mit Druckerschwärze leicht geätzten Lettern der Klugheit dieses Vorgehens des Herrn Kubat gewidmet sieht. Ein winziges Schriftlein der Rücksichtnahme auf die Launen der Exzellenz von dreieinhalb Millionen Deutschen im Staate — nein, das darf nicht geduldet werden! Und so legt denn das verhängnisvolle Festschreiben los: „Schreiende Verletzung der Staatssprache . . . keinerlei Berechtigung . . . hier gilt keine österreichische Doppelsprachigkeit . . . wir sind in der Tschechoslowakischen Republik . . . es gab doch so etwas wie einen Umsturz . . . ein überflüssiges ungeheures Kompliment“ und zum Schluß werden die tschechischen Mitglieder der Landesvertretung getadelt, weil sie nicht gleich in der Eröffnungssitzung dem Landespräsidenten zeigten, wie man sich in der Tschechoslowakischen Republik das Zusammenleben mit den Deutschen vorzustellen habe. Auch das Blatt der tschechischen Merkantil erblickt in der Amisführung des Präsidenten dank der ihm angeordneten orientalischen Phantasie die Anwendung des Prinzips der „Doppelsprachigkeit“ und erklärt, daß dies einen „unangenehmen Eindruck“ hervorgerufen habe.

Es ist sonst nicht unsere Gepflogenheit, von den hysterischen Schreien der tschechischen Chauvinisten Notiz zu nehmen. Wir würden sie auch in diesem Falle ignorieren, denn schließlich wissen wir, daß gerade jene tschechisch-bürgerlichen Parteien, welche nach außen hin rauhbeinigsten Chauvinisten mimen, dort wo es das gemeinsame wirtschaftliche Interesse erfordert, sich mit ihren deutschsprachigen Klassenangehörigen am raschesten zu verständigen wissen, was unangelehrt auch von diesen gesagt werden kann. Wir wissen auch, daß der didaktische Rationalismus nun eben einmal der Hölle dieser Parteien ist, da ihr ausgesprochen kapitalistischer Charakter in breiteren Schichten der Bevölkerung wenig Anziehungskraft hätte. Wenn dennoch hier von dieser Gefährlichkeit des Ueberiehens der von der erwähnten Seite getriebenen systematischen Hege abgesehen wird, so deshalb, weil schon ein so geringfügiger Vorgang, wie es die Anwendung einiger deutscher Brocken bei der Amisführung des Landespräsidenten ist, den Anlaß einer Hege bildet und weil — mit Ausnahme von zwei, drei weißen Raben — im tschechischen Volke und unter den anderen tschechischen Parteien gegen diese Hege sich eben so wenig ein Widerspruch erheben wird, wie gegen alle vorangegangenen. Diese Feststellung wird vielleicht manche unangenehm berühren, sie werden

Der Zweck der Ernennungen in die Bezirksvertretungen.

Ein lehrreiches Beispiel.

Die offenkundige Absicht der Regierungsparteien, durch die Ernennungen das Wahlglück zu forcieren, kommt bei den Bezirksvertretungen vielfach noch viel krasser zu Tage...

Bei der Bezirkswahl erhielten die tschechischen Parteien, einschließlich der tschechischen Sozialdemokraten, zusammen 19.917, und die deutschen Parteien einschließlich der deutschen Sozialdemokraten 19.451 Stimmen.

Bei den Ernennungen erhielten die Tschechen 7 und die Deutschen 3 Mandate. Also trotz der gleichen Stimmenanzahl haben heute die Deutschen nur 12 gegen 18 tschechische Mandate.

Noch ärger aber ist es, wenn man die Ernennungen aus dem Kreise der Regierungsparteien in Betracht zieht. Die Deutsche Nationalpartei hatte 5836 Stimmen und drei Mandate bekommen. Ernannungen. Die deutschen Sozialdemokraten haben 4927 Stimmen und zwei Mandate erhalten...

Table with 2 columns: Party Name and Mandates. Includes entries like '388 Landbändlerstimmen 1 Mandat', '100 Christlich-Soziale 1 Mandat'.

Das heißt auf gut deutsch, daß eine Landbändlerstimme mehr als sechs Arbeiterstimmen gilt. Brauchen wir da noch das alte Jesuswahrheits, um die Vorrechte der Bürgerlichen wieder im politischen Leben aufzurichten?

Bei den tschechischen Parteien ist es nicht besser. Die Nationaldemokraten fielen mit 1006 Stimmen glatt durch.

Fahrt in den Winter.

Von Erich Grisar.

In langsamer Fahrt löst sich der Zug vom Grau der dunklen Städte, in denen es nicht Winter werden will. Ueber flaches Land geht es, das schon für den Frühling sich rüftet...

Ein Sprung, und wir sind mitten in einer verwandten Welt. Wir spüren die Kälte nicht mehr, in der unser Atem zu weichem Nebel wird. Clafschig ist unser Schritt in der Mitte der vielen...

geht, ist das nationale Stützverhältnis schon aufreizend genug. Doch die Eskamotage zu Gunsten der Regierungsparteien übersteigt schon die Grenzen.

Wenn man das Argument der Regierungsparteien für die Ernennungen unter die Lupe nimmt, so sieht der Skandal nicht kleiner aus. Bekanntlich wurde diese Bestimmung damit begründet, daß neben den gewählten Politikern, unparthische „Fachmänner“ ernannt werden sollen...

Die Affäre Tula.

Die Olinpartei für Tulas Anstufung.

Břežburg, 16. Jänner. (P. B.) Mittwoch, den 16. Jänner, hielt in Břežburg der gemeinsame Klub der Abgeordneten und Senatoren der slowakischen Volkspartei eine Sitzung ab.

Die vom Klub der Abgeordneten der slowakischen Volkspartei im Mai 1928 delegierte Untersuchungskommission, bestehend aus Dr. Josef Vubay, Paul Machösel, Dr. Novák und Dr. Tiso, prüfte gehörig und eingehend das Material, das dem Klub von Karl Belanšy gegen den Abgeordneten Dr. Robert Tula schriftlich zugestellt wurde...

Der gemeinsame Klub der Abgeordneten und Senatoren der slowakischen Volkspartei behandelte in der am 16. Jänner 1929 in Břežburg stattgefundenen Sitzung auch über die Angelegenheit Tulas und kam nach wiederholten Einvernahmen der Mitglieder der bereits erwähnten Untersuchungskommission zu der einstimmigen Ansicht, daß der Klub keinen Grund hat, sich in der Angelegenheit Tula einen anderen Standpunkt anzueignen...

Der Klub beschloß ferner zu dem in Haft befindlichen Abgeordneten Dr. Tula eine Deputation zu entsenden, die ihm den Gruß des ge-

meinsamen Klubs verdolmetzchen und ihn versichern würde, daß die Mitglieder des Klubs der slowakischen Volkspartei kollegial hinter ihm stehen.

Wie wir erfahren, hat die erwähnte Deputation den Abgeordneten Tula heute um halb 12 Uhr mittags besucht. Bei dieser Gelegenheit teilte Abg. Dr. Gabah dem Abg. Dr. Tula mit, daß er sein Rechtsbeistand sein wolle, wozu er sich von Tula auch sofort die Vollmacht anforderte.

Bevorzugung der Sozialdemokraten? Unter dem Titel „Große Bevorzugung der Sozialdemokraten“ meldet die „Deutsche Presse“ über die Ernennungen in die Bezirksvertretungen folgendes:

In der Bezirksvertretung wurden ernannt: sechs Sozialdemokraten (fünf deutsche und ein tschechischer, zehn Gewählte), Bund der Landwirte zwei (drei Gewählte), Christlich-Soziale einer (zwei Gewählte), Gewerdepartei einer (ein Gewählter) tschechische Minorität einer (kein Gewählter), ein Parteiloser. Gegenüber den Ernennungen anderer Parteien sind die Christlich-Sozialen benachteiligt.

Bevorzugt sind hier die tschechische Minorität, der Bund der Landwirte und die Gewerdepartei, da dem einen kein Mandat, dem anderen nicht volle zwei Mandate gebührt hätten. Benachteiligt sind die Parteien, von denen die „Deutsche Presse“ selbst berichtet, daß sie „leer ausgehen.“

Der Ausschuss der isolierten Parteien hat, wie eine offiziell ausgegebene Meldung besagt, gestern im Beisein des stellvertretenden Ministerpräsidenten Srnecel eine Sitzung abgehalten, die sich mit den verschiedenen Beschwerden der einzelnen Parteien wegen der Ernennungen in die Landes- und Bezirksvertretungen befahzte.

Amanullahs Ende.

Vor kaum neun Monaten war Amanullah das Tagesgespräch für viele Millionen von Europäern, die zwar seinen Namen überhaupt nie gehört und zum Teil sogar von der Existenz des Landes Afghanistan nur sehr blasser Vorstellungen hatten.

Brüste sind nicht verfallen vom Hoden im niederen Flöz. Fingergelichter sind es zumeist, in die das Leben keine Runen grub. Denen anzusehen ist, daß sie nie um ihr Brot sich mühen, daß sie nie gelangt um ihre Arbeit, daß sie nie anderer Gedanken gedacht als den, ihre Jugend schön und sorglos zu verbringen.

Und während die Männer, die den Zug der Tausende hier heraufführten, bereits wieder am Fehel der Lokomotiven stehen, horcherd, aufpaschend langend um das Leben anderer, das ihnen anvertraut ward, schlagen sie das eigene Leben, an dem nichts hängt, keine Verantwortung, keine Aufgabe, kein Ziel, in kühnen Sprüngen in den Wind.

Vor einer Revolution in Honduras?

New York, 15. Jänner. (Reuter.) Nach Berichten amerikanischer Reisender steht in Honduras eine Revolution bevor. Amerikaner und andere Ausländer verlassen das Land aus Besorgnis vor einem Bürgerkrieg.

Wären sie nicht vor so kurzer Zeit der Held des Tages in Europa gewesen, man würde hier die Nachricht mit drei Fäulen an verstedter Stelle kommentarlos abtun.

Aber die frische Erinnerung an die Triumphzüge des Emirs in Rom, Paris, Berlin, London, Moskau und Angora hat bewirkt, daß die Öffentlichkeit unter res Erdbeben mit Spannung den Verlauf der Revolte wochenlang verfolgt hat und daß die Nachricht der Abankung Amanullahs die Sentation des Tages ist.

Sie ist insofern von Interesse, als sie eine Episode im Kampfe zwischen modernem Fortschritt und religiösem Fanatismus darstellt. Gewiß: Amanullah war sicherlich nicht das Ideal eines Staatsoberhauptes in europäischem Sinne. Er selbst war durch Gewalt zur Macht gelangt, war über die Leiden seiner Gegner zum Throne geschritten und seine feitherrigen Regierungsmethoden entsprachen diesem gewaltsamen Aufstieg.

So hat sich gezeigt, daß Afghanistan noch nicht reif ist für jene revolutionäre Modernisierung des Orients, die Mustafa Kemal in der Türkei mit rücksichtsloser Energie, mit erschütternder Schnelligkeit und mit Erfolg durchführen im Begriff ist.

Inwiefern die religiöse Revolte der Mullahs von außen, d. h. von Indien unterstützt wurde, läßt sich von hier aus schwer nachweisen. Die Vermutung liegt zwar nahe, daß England ein Interesse an dem Sturz dieses allzu russischen, und rückenrückständigen Emirs hatte.

Kunst und Wissen.

Prager Konzertaal.

An Konzerten leiden wir auch im neuen Jahre keinen Mangel. Ihr Besuch ist allerdings bei der ungelunden modernen Konzertkunst meist so schlecht, daß man sich nicht wundern dürfte, wenn die konzertierenden Künstler zu Radikal-Reklame-Mitteln ...

unvergleichliche Gelangeschaft und Stimmungstiefe; feierten auch diesmal verdiente Triumphe, die mit der als Zugabe gelangenen Probour-Arie ...

Eine französische Vorstellung: „L'Influence“ von Rostand im Theater No. 11. Ein paar zu Prag anfällige Franzosen unternahmen es, am 14. d. M. abends eine französische Vorstellung zu bieten.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag, (88-1), 7 1/2 Uhr: „Dreirosenoper“. Freitag (88-2), 7 1/2 Uhr: „Rinoceros“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag, Kulturverbandsvorst.: „Perlenkomödie“. Samstag: „Arm wie eine Kirchenmaus“.

die er und seine Frau bezogen haben, höher waren als das Gehalt. In dem Prozeß, der vier Tage dauern wird, wird wohl ein gut Stück Korruption der bürgerlichen Wiener Presse enthüllt werden.

Der Film.

Streifzug durch ein Filmatelier.

Hinter dem Führer, der wie ein Arzt in einen weißen Kittel gekleidet ist, stolpert man über Bretter, Latzen und Kabel der elektrischen Beleuchtung.

In einem Teil der Halle ist ein russisches Dorf im Werden. Ein paar zerfallene Hütten stehen bereits da mit „Schnee“ bedeckt, den ich aber vorläufig noch für Gips halte.

Einige Schritte weiter, und wir blicken in ein Tanzlokal hinein. Verschwiegene Bogen, rote Vorhänge und alles, was sonst noch dazu gehört.

Aus dem Atelier einer anderen Gesellschaft läßt man sich beim Filmen durch die Klänge eines Klaviers inspirieren. Eine Dame in Pelz, Hut und Schleier sitzt am Tisch und unterhält sich mit einem Herrn.

Bevor wir die Halle und ihre Ateliers verlassen, kommen wir noch an einem gemalten Hintergrund vorbei: Nächtlicher Fluß und erleuchtete Häuser.

Literatur.

Die Steuerreform.

Ein praktisches Handbuch für Kleinlandwirte, Arbeiter und Kleingewerbetreibende. Herausgegeben vom Zentralverband der deutschen Kleinbauern und Hausier in Leptitz-Schöna.

Mit der Herausgabe dieser Broschüre hat sich unser rühriger Zentralverband der deutschen Kleinbauern und Hausier ein wirkliches Verdienst erworben. Man findet darin reichhaltige Belehrung über die Grundsteuer, Gebäudesteuer, Hauszinssteuer, Hausklassensteuer, Abgabensteuer in so erschöpfender Weise, daß es von unseren Vertrauensmännern wird wohl öfters zu Rate gezogen werden.

„Lebensdienst“. Gesammelte Studien von Jakob Wassermann. Verlag Grethlein u. Co., Leipzig. 600 Seiten. Der erste Teil dieser gesammelten Ansätze ist „Gestalten und Erfahrungen“.

vieler Jahre geleistet ... fühlte ich den hypochondrischen Widerstand schwänden, meinen Ehrgeiz höher zu spannen, lobten mich nicht vorändert. ...

Laise Rautsch: Rosa Luxemburg. Ein Gedächtnisbuch. Mit sechs Illustrationen. (Preis RM. 1.70, Leinen RM. 2.70.) E. Laubsche Verlagbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30.

Julius Vob: Vorkämpfer. Kulturpolitische Betrachtungen aus literarischen Anlässen. Stuttgart 1928, J. Engelhorn's Buchh. (Preis RM. 1.50, in Leinen RM. 2.-)

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, 21. August a. d. U. St. Kur, Hollendorf; 19. und 20. Jänner 1929. An die gemeindevollen Teilnehmer! Am Sonntag, den 19. Jänner wird pünktlich um 8 Uhr nachm. mit dem St. Kur begonnen.

Gerichtssaal.

Nach der Tanzmusik.

Prag, 16. Jänner. Im Gasthaus „Zum grünen Baum“ in Pöschowitz schwingen am Sonntag tanztunnele Mädchen und tanztunnele junge Burtschen das Bein. Heißhungrig, da geht hoch her! würde der Kapuzinerprediger ausrufen, wenn er dabei sein dürfte.

für jeden frei, das kann doch Josef nicht verbieten! Wie sie so jetzt durch die Allée des Baumgartens wandeln, da fühlt Köschel plötzlich, daß sie zwei kräftige Männercarne umschlingen und ihr Gewalt antun wollen.

Der Prozeß gegen den Revolverjournalisten.

Am Dienstag begann vor dem Wiener Gerichtshof der Prozeß gegen den Redakteur des Neuen Wiener Journal Böffel, der im Juni 1928 im Verlauf eines von ihm angestrebten Ehrenbeleidigungsprozesses plötzlich einen Revolver zog und seinen Gegner erschoss.

Der Vorsitzende teilte zu Beginn des Prozesses mit, daß von den Zeugen, die vorgeladen wurden, der Chefredakteur des Neuen Wiener Journal, der Pressleiter des Bankiers Castiglioni und mehrere gasabende Finanzleute nicht erschienen seien.

Bei Grippegefahr Formamint In allen Apotheken in Packungen zu 50 und 20 Tabletten.

Großes nordböhmisches Ironieunternehmen sucht selbständig arbeitenden Montagelosler, Roh- und Autogen Schweißer

Großes nordböhmisches Ironieunternehmen sucht selbständig arbeitende Bleilöter

Ausbringen der Kleintierzucht Vögel, Kanarienvögel, Hühneraugen

Volkbuchhandlung Leopold Schöna, Hühneraugen, Anticorkein